



Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Märkisch-Oderland

Kreisgeschäftsstelle

August Bebel-Str. 22

15344 Strausberg

Tel: 03341 - 21 56 00

Büro Neuenhagen

Rudolf-Breitscheid-Allee 82

15366 Neuenhagen

Tel: 03342- 30 90 16

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Hannah Kreinsen

mail: info@gruene-mol.de

web: www.gruene-mol.de

Strausberg, den 20.09.2010

Presseerklärung

Bündnisgrüne aus Märkisch-Oderland bei der Anti-Atom-Demo in Berlin

In Berlin sind am Sonnabend 100.000 Menschen gegen die geplante Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken auf die Straße gegangen.

Auch der Kreisverband Märkisch-Oderland war auf der Demonstration vertreten. Gemeinsam führen sie nach Berlin, um ihrem Unmut über die Energiepolitik der schwarz-gelben Bundesregierung Luft zu machen. Für MICHAEL JUNGCLAUS, Sprecher des Kreisverbandes und Landtagsabgeordneter in Brandenburg steht fest „Die Demonstration am Samstag hat eindeutig gezeigt, dass die Menschen in Deutschland keine Atomkraft mehr wollen! Mit ihrer Klientelpolitik zugunsten der großen Energiekonzerne setzt sich die Bundesregierung über den Willen der Mehrheit der Bevölkerung hinweg.“

Die Mitglieder des Kreisverbandes sind empört, wie leichtfertig die Sicherheit der Bürger aufs Spiel gesetzt wird. „Die Laufzeitverlängerungen vermehrt die Menge des Atommülls um jährlich rund 400 Tonnen, zementiert die Marktmacht der vier Stromoligopolisten und bremst den Ausbau der erneuerbaren Energien aus.“

Für ein Land wie Brandenburg, in dem in den letzten Jahren zahlreiche Arbeitsplätze im Bereich der Erneuerbaren Energien entstanden sind, werde dies unmittelbare wirtschaftliche Konsequenzen haben“ ist sich JUNGCLAUS sicher. „Die Laufzeitverlängerung nützt ausschließlich den Atomkonzernen, denn jedes Jahr Laufzeitverlängerung bringt bis zu zehn Milliarden Euro Zusatzgewinne in die Konzernkassen.“ schimpft er.

Die Bündnisgrünen in Märkisch-Oderland werfen nicht nur der Bundesregierung, sondern auch der Landesregierung in Brandenburg eine falsche Energiepolitik vor. So fordern sie den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und treten vehement gegen die CCS-Technologie ein. Diese Technologie sei sehr stark risikobehaftet und würde neben dem Atommüll noch ein weiteres Endlagerproblem schaffen. „Rein in die Erneuerbaren muss auch heißen: Raus aus der Braunkohle!, so die bündnisgrüne Forderung. Auch eine weitere Demokratisierung des Strommarktes sei zwingend notwendig, um verstärkt Stadtwerke und andere dezentrale Energieerzeugungsunternehmen auf dem Markt zu etablieren.

Der Kreisverband trifft sich jeden dritten Donnerstag im Monat in der Kreisgeschäftsstelle in der August-Bebel Straße 22 in Strausberg.